



6/2018

# ANDREAS LÄMMELS BERLINER RUNDSCHAU

## Libe Lucainne and Leser.

die gute Nachricht dieser Woche lautet: Deutschland wird wieder regiert. Endlich konnte die Kanzlerin vom deutschen Bundestag gewählt werden. 35 Mitglieder der Koalitionsparteien haben nicht für die Kanzlerin gestimmt. Na und? Ist das nicht Ausdruck eines demokratischen Verfahrens? Vor vier Jahren waren es sogar 40 Gegenstimmen, also kein Grund für besondere Aufregung. Nach der Kanzlerwahl konnte die Regierung vereidigt werden. Nun heißt es einen Senkrechtstart hinzulegen, um die aktuellen Probleme auf den Tisch zu legen und einer Lösung zuzuführen.

Mehr Gedanken mache ich mir um die Diskussionskultur in Deutschland. Die Art und Weise, wie mit Äußerungen des Schriftstellers Uwe Tellkamp oder des gerade neu berufenen Ministers Jens Spahn öffentlich umgegangen wird, folgt immer wieder dem gleichen Schema. Abweichende Meinungen werden sofort als rechtslastig oder kaltherzig hingestellt. Es erfolgt keine Diskussion über die gesagten Argumente, sondern eine persönliche Abqualifizierung der Person.

Stimmt es etwas nicht, dass die Mehrzahl der nach Deutschland gekommenen Flüchtlinge oder Migranten nicht aus Kriegsgebieten stammen? Die offiziellen Zahlen belegen dies doch eindeutig. Und stimmt es etwa nicht, dass in Deutschland niemand verhungern muss, weil wir ein sehr gutes und teures Sozialsystem betreiben? Auch hier eine klare Antwort: Bei uns muss niemand verhungern und auch müsste niemand auf der Straße leben. Und stimmt es nicht, dass die Tafeln letztendlich ein zusätzliches Angebot darstellen? Die Tafeln sind als Vereine organisiert und sind ein Angebot für Bedürftige, welches viele andere Vereine und eine große Zahl ehrenamtlich engagierter Bürger ebenso anbieten. Aber wie schon gesagt, auf die Fakten kommt es vielen heute gar nicht mehr an. Das hier auch die Medien oft keine gute Rolle spielen, wird deren Akzeptanz nicht gerade erhöhen.

Hoffen wir, dass die nun begonnene Regierungsarbeit einer kritischen, aber an Fakten orientierten Bewertung unterzogen wird. Ein schönes Wochenende wünscht Ihnen

Ihr

Mas Jann

### **DIE WOCHE IM PARLAMENT**

Wahl und Eidesleistung der Bundeskanzlerin, Eidesleistung der Bundesminister. Bundespräsident Steinmeier hat dem Deutschen Bundestag Angela Merkel zur Wahl als Bundeskanzlerin vorgeschlagen. Nach erfolgreicher Wahl und Ernennung durch den Bundespräsidenten leisteten die Bundeskanzlerin und die Bundesmi-ister vor dem Plenum des Deutschen Bundestages den Amtseid.

Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte zur nachhaltigen Bekämpfung des IS-Terrors und zur umfassenden Stabilisierung Iraks. Mit diesem Mandat wurde das Mandat zur Peshmerga-Ausbildung im Nord-Irak sowie das Mandat zur Beteiligung an den Maßnahmen zur Unterbindung terroristischer Handlungen durch den IS zusammengelegt. Die Mandatsobergrenze von insgesamt 1.350 Soldaten wurde auf nunmehr 800 Soldaten abgesenkt, da der Kampf gegen den IS nicht mehr in der Fläche, sondern lediglich in einzelnen Gebieten notwendig ist. Die Verlängerung des Mandats wird auf sieben Monate bis zum 31. Oktober 2018 beschränkt, um eine eventuelle Verzahnung mit einer in Planung befindlichen NATO-Mission zu ermöglichen.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am NATO-geführten Einsatz Resolute Support für die Ausbildung, Beratung Unterstützung der afghanischen nationalen Verteidigungsund Sicherheitskräfte Afghanistan. Die deutsche Beteiligung an der Mission "Resolute Support" konzentriert sich auf Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen nationalen Verteidigungsund Sicherheitskräfte. Operationsschwerpunkt der deutschen Streitkräfte bleibt weiterhin der Norden Afghanistans. Der Bundestag beriet in erster Lesung über eine Verlängerung des Mandats bis zum 31. März 2019 und einer Erhöhung der Obergrenze von zuletzt 980 auf 1.300 Soldaten.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Mission der Vereinten Nationen in der Republik Südsudan (UNMISS). Nach dem Wiederausbruch des Bürgerkriegs im Juli 2017 steht das junge Land vor massiven Herausforderungen. Als Teil der Friedensmission der Vereinten Nationen im



© Deutscher Bundestag / Thomas Trutschel/photothek.net

Südsudan sind die deutschen Streitkräfte mit Einzelpersonal in den Führungsstäben der Mission sowie Beratungs-, Verbindungs- und Beobachtungsoffizieren beteiligt. Das Mandat, das eine Obergrenze von 50 einzusetzenden Soldaten hat, soll bis zum 31. März 2019 verlängert werden.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur (UNAMID). Die Verlängerung des Mandats für die Mission UNAMID in Darfur bis zum 31. März 2019 wurde mit einer Obergrenze von 50 Soldaten beraten. Kernauftrag der von den Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union geführten Mission bleibt die Unterstützung der Friedensverhandlungen und die Umsetzung des Friedensabkommens.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der NATO-geführten Maritimen Sicherheitsoperation SEA **GUARDIAN** Mittelmeer. Auf Grundlage des Kabinettsbeschlusses vom 07. März 2018 beriet der Bundestag über die Fortsetzung der Operation SEA GUARDIAN bis zum März 2019 bei einer unveränderten Soldatinnen Mandatsobergrenze von 650 Soldaten. Ziel der Mission ist die Gewährleistung von Sicherheit und Überwachung des Mittelmeerraums sowie die Bekämpfung von maritimem Terrorismus. Die an der Operation SEA GUARDIAN beteiligten Streitkräfte haben die Möglichkeit, Schiffe, die in Verdacht stehen, eine Verbindung zu terroristischen Organisationen zu haben, zu kontrollieren und zu durchsuchen.

### **KOALITIONSVERTRAG IN KRAFT**

Am Montag haben Union und SPD den **Koalitionsvertrag** für eine neue Große Koalition unterzeichnet. Nun kann endlich wieder regiert werden. 179 Seiten umfasst der Koalitionsvertrag, viel Stoff für die kommenden dreieinhalb Jahre (www.cdu.de/koalitionsvertrag-2018). Weil seit den Bundestagswahlen schon so viel Zeit mehr oder weniger ungenutzt ins Land gezogen ist, muss nun umso mehr aufs Tempo gedrückt werden.

Denn die Welt verändert sich durch die Digitalisierung immer schneller und die außenpolitischen



Herausforderungen nehmen zu. Wir müssen unsere Antworten darauf jetzt in praktische Politik umsetzen. Dass die Welt nicht auf uns wartet, zeigte einmal mehr der Schritt des US-Präsidenten Donald Trump, Schutzzölle auf Stahl- und Aluminiumimporte in die USA zu erheben. Diese Entscheidung ist kontraproduktiv für die transatlantische Partnerschaft und für den weltweiten Freihandel. Es wird daher in nächster Zeit darum gehen, trotz aller Schwierigkeiten unseren Freihandelsansatz zu verteidigen und Handelsbarrieren abzubauen. Wichtig ist nun ganz konkret, umgehend Maßnahmen zum Schutz der eigenen Industrie vorzubereiten. Dabei gilt es Antworten zu finden, die mit den Regeln der Welthandelsorganisation konform sind.



Und auch nach innen brauchen wir eine neue Dynamik in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, um Wachstum, Wohlstand und Chancen für alle zu sichern. In Sachen Digitalisierung setzt der Koalitionsvertrag wichtige Schwerpunkte und Impulse. Unter anderem werden eine bundesweite digitale Infrastruktur bis 2025 sowie der Ausbau der digitalen Bildung und Verwaltung versprochen. Bürokratieabbau und eine zukunftsorientierte Industriepolitik mit Unterstützung Schlüsseltechnologien sind weitere gute,

wirtschaftspolitische Punkte im Koalitionsvertrag. Darüber hinaus bietet ein von der CDU geführtes Bundeswirtschaftsministerium die Chance, wieder stärker ordnungspolitische Akzente zu setzen:

- **Wettbewerbsfähigkeit stärken:** Wir werden die Sozialabgaben bei unter 40 Prozent stabilisieren und die Steuerbelastung nicht erhöhen. Wir investieren noch stärker in die Zukunft Deutschlands vor allem in Bildung, Forschung, Digitalisierung und Infrastruktur.
- Innovationen fördern: Wir werden eine steuerliche Förderung einführen, insbesondere für kleine und mittelgroße Unternehmen, die Forschung betreiben.
- **Gründungskultur fördern:** Wir werden Gründer von der monatlichen Umsatzsteuer-Voranmeldung befreien und weitere Bürokratie abbauen. Insbesondere für Unternehmen in der Wachstumsphase schaffen wir bessere Bedingungen für Wagniskapital.
- **Fachkräftestrategie:** Kein Arbeitsplatz soll unbesetzt bleiben, weil es an Fachkräften fehlt. Wir werden daher eine Fachkräftestrategie entwickeln. Dabei wollen wir inländische, innereuropäische und internationale Fachkräftepotenziale nutzen.

Das sind die richtigen Weichenstellungen, damit wir in Deutschland weiterhin eine starke Wirtschaft haben und gute Arbeit für alle ermöglichen. Wenn wir in den nächsten Jahren konsequent umsetzten, was im Koalitionsvertrag vereinbart worden ist, haben wir am Ende viel erreicht. Gehen wir an die Arbeit!

#### **BEGEGNUNGEN**



Beim Besuch der Verbraucherzentrale Sachsen konnte ich mir im Gespräch mit den Mitarbeitern und einigen Beratern einen Überblick über die verschiedenen Beratungsinhalte verschaffen. Fragen mit denen sich Verbraucher häufig an die Beratungsstelle in Dresden wenden, betreffen die Zukunft der Mobilität, unseriöse Schlüsseldienste und Probleme mit Telekommunikationsanbietern. Jugendliche und Berufsschüler beraten die Mitarbeiter zum ersten eigenen Einkommen und wie sie damit gut umgehen.



Die Internationale Tourismus-Börse (ITB) hatte in der vergangenen Woche in Berlin ihre Pforten geöffnet. Wie jedes Jahr präsentierte sich auch Sachsen wieder als Reiseland und Gastgeber für die Besucher aus aller Welt. Sachsens 800-jährige Kunstgeschichte bildete den Schwerpunkt der Präsentation Sachsens auf der diesjährigen ITB. Unter dem Motto "kUNST SACHSEN" verwandelte sich der Messestand der Tourismus Marketing Gesellschaft Sachsen in eine Kunstgalerie.

Im Rahmen der ITB präsentiert der Ostdeutsche Sparkassenverband (OSV) regelmäßig die aktuellen Ergebnisse des Tourismusbarometers. Es spiegelt seit 1998 die Tourismusentwicklung in den ostdeutschen Regionen und die wirtschaftliche Situation des Gastgewerbes wider. Mit dem Marketing Award "Leuchttürme der Tourismuswirtschaft" wurde in diesem Jahr das Winterdorf Schmilka als sächsischer Landessieger geehrt. Fachwerkhäuser, Biohöfe und die historische Mühle mit dem Mühlenhof locken Gäste auch in der Nebensaison erfolgreich mit einem vielfältigen Angebot.



In der Universitätsklinik Dresden fiel der Startschuss zum Bundeswettbewerb "Bester Schüler in der Alten- und Krankenpflege". Ich war im Hörsaal mit dabei und freute mich besonders über die Teilnehmerin aus Sachsen, die es unter die Besten geschafft hat. Der Wettbewerb ehrt Azubis in der Pflege mit herausragenden Leistungen und liefert einen wichtigen Beitrag, um das Ansehen der Pflegeberufe zu stärken.

#### **TERMINE**

19.03.2018, Berlin

Sächsischer Abend mit Ministerpräsident Michael Kretschmer

20.03.2018, Berlin

Expertengespräch zum Ausbau 5G-Mobilfunknetze

21.03.2018, Berlin

Parlamentarischer Abend des Sächsischen Handwerks 22.03.2018, Berlin

Schülergruppe aus dem Wahlkreis

Impressum: Andreas Lämmel - Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. 030 22770200 / Wahlkreisbüro, An der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden, Tel. 0351 8025943 Bestellung per E-Mail: newsletter@andreas-laemmel.de / www.andreas-laemmel.de / www.facebook.com/laemmelmdb